

Haushaltsrede 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister; liebe Ratsmitglieder; sehr verehrte Damen und Herren von der Verwaltung und der Presse; liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger.

„Quo vadis“ Olsberg?

Diese Frage müssen wir uns angesichts des vorgelegten Haushalts stellen.

Wohin gehst Du Olsberg?

Wie bereits in den vergangenen vier Jahren haben wir uns mit den verschiedenen Produktgruppen; Produkten; Teilhaushalten; Begriffen wie Finanz- oder Ergebnisrechnung usw. intensiv auseinandergesetzt.

Wir müssen feststellen:

Das heute zu verabschiedende Zahlenwerk hat ein wesentliches Ziel von NKF nicht erreicht: Das Ziel der intergenerativen Gerechtigkeit.

Hiernach gilt auch für Olsberg, dass der gesamte Ressourcenverbrauch einer Periode durch regelmäßige Erträge derselben Periode zu decken ist, um nachfolgende Generationen nicht zu überlasten.

Bei einem Defizit im Ergebnisplan von rund 3,5 Mio. €, einer Deckungslücke von 6,07 Mio. € im Finanzplan, der kompletten Auflösung der Ausgleichsrücklagen und der gleichzeitigen beabsichtigten Erhöhung der Kassenkredite um den gleichen Betrag, kann hier nur das Ergebnis lauten: Ziel verfehlt!

Einerseits liegt dies an der Tatsache, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise im vergangenen Jahr endgültig über uns hereingebrochen ist., andererseits jedoch an hausgemachten Problemen, auf die ich später noch näher eingehen werde.

Die Gewerbesteuer- und die Einkommensteuereinnahmen werden voraussichtlich im kommenden Jahr wegbrechen. Alleine hier wird mit Mindereinnahmen von insgesamt 1,1 Mio. € gerechnet. Die Kreisumlage wird um voraussichtlich 0,68% und die Jugendamtsumlage um 1,13% erhöht werden. Was wiederum insgesamt einen Betrag von ca. 195.000 € ausmacht. Dies alles sind Positionen, auf die die Stadt Olsberg keinen Einfluss hat. Wir als Politiker können hier nur versuchen, für unsere Stadt die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit zumindest die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nicht noch stärker nachgeben. Die Verbindlichkeiten allein aus Kassenkrediten werden sich im Jahr 2014 auf ca. 21,9 Mio. € belaufen. Hinzu kommen noch die langfristigen Verbindlichkeiten aus den Investitionsdarlehen.

Wesentliche Einnahmeerhöhungen sind nicht erkennbar.

Nach den vorliegenden Zahlen und den Beratungen zu den einzelnen Budgets in den zuständigen Fachausschüssen, müssen wir feststellen, dass es im Haushalt kaum noch Möglichkeiten gibt, Ausgaben zu senken.

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass ich die Bemerkung unseres Regierungspräsidenten, wir würden nicht genug tun um zu sparen, für , na sagen wir mal, unangebracht halte.

Er sollte sich lieber dafür einsetzen, dass den Gemeinden durch entsprechende Entscheidungen seitens der Politiker in Bund und Land wieder Luft zum atmen gegeben wird.

Die einzige Möglichkeit, wo ich überhaupt noch Einsparpotential sehe, ist das Aqua Olsberg. Hier muss alles getan werden, dass die Ausgaben, insbesondere im Energiebereich weiter gesenkt werden. Die Einnahmeseite ist zwar sicher noch nicht ausgereizt, jedoch kann man kaum davon ausgehen, dass diese sich in den kommenden Jahren so erheblich verbessern wird, dass man davon reden kann, dass sich der Bau des Aqua gelohnt hätte.

Wir wissen selbst, dass auch wir von Bündnis 90/Die Grünen für den Bau des Aqua gestimmt haben. Dies lag sicher auch zum Teil an den teilweise völlig falschen Prognosen der Firma Prova, die mit der Weitsicht eines Maulwurfs agiert hat, aber dies ist nur die halbe Wahrheit! Eigentlich hätten wir es damals schon besser wissen müssen.

Nach den für dieses und für die kommenden Haushaltsjahre vorliegenden Zahlen, muss man, wenn man ehrlich ist, von einer Investition sprechen, die die Stadt Olsberg auf Dauer nur schwer, wenn überhaupt tragen kann. In nicht allzu ferner Zukunft kommen noch zusätzlich Kosten für Instandhaltung des Bades hinzu, damit das Bad seinen, zugegebenermaßen sehr hohen Standard halten kann.

Ein Blick hinter den Vorhang zeigt: Das Aqua Olsberg macht in diesem Jahr einen Verlust von ca. 1,6 Mio. €. Das sind 4.383 € pro Tag, oder anders ausgedrückt, für jeden Bürger der Stadt Olsberg ca. 110 € Schulden pro Jahr, worin noch nicht einmal der Eintritt für das Bad enthalten ist.

Ich finde, da reicht es auch nicht, dass der Herr Bürgermeister unisono betont, dass die Besucherzahlen mittlerweile sehr gut sind und dass es ca. fünf bis sechs Jahre dauert, bis sich ein solches Bad etabliert hat. Es müssen schnellstens Lösungen her, wie wir hier Kosten senken können. Die aus dem Konjunkturpaket 2 eingestellten 48.000 € zur Energieoptimierung im Aqua und in der Ballspielhalle reichen da bei weitem nicht aus.

Ich sehe die Entwicklung des Aqua Olsberg mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Ich freue mich einerseits, dass wir Olsberger ein wirklich tolles und attraktives Bad haben, andererseits wird mir mit diesem Klotz am Bein, Angst und Bange um die Zukunft Olsbergs.

Nicht allein auf Grund der oben angesprochenen Kosten, weist der Etat einen Fehlbedarf von ca. 3,5 Mio. € aus. Wer trägt hierfür die Schuld?

Der wesentliche Teil der Verantwortung für die immer schlechter werdende Finanzausstattung der Kommunen liegt bei der Landesregierung. Diese ist mitverantwortlich dafür, dass einerseits die Einnahmen der Kommunen sinken, diese aber andererseits immer mehr kostenintensive Aufgaben wie z. B. „Kibiz; die U3-Betreuung oder auch die Ganztagsbetreuung in den Schulen“ ,um nur ein paar zu nennen, aufgebürdet bekommen. Die entsprechende Gegenfinanzierung hierfür bleibt jedoch zum großen Teil aus.

Der Nothaushalt konnte für das Jahr 2010 noch einmal abgewendet werden. Für das Jahr 2011, so zeichnet es sich zumindest momentan ab, kommt unser Kämmerer jedoch an der Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nicht vorbei. Und seien wir doch einmal ganz ehrlich, meine Damen und Herren, wäre nicht das NKF gekommen, wären wir niemals aus der Haushaltssicherung herausgekommen. Ich glaube, dass sich durch das NKF einige unserer Politiker mit Blick auf die Haushaltssituation unserer Gemeinde haben blenden lassen.

Ende 2010 wird erstmals seit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements eine sog. Konzernbilanz erstellt. Hierin sind dann auch die entsprechenden Werte des Kommunalbetriebes abgebildet. Ich befürchte, wenn wir dann das Ergebnis auf einen Blick präsentiert bekommen, wird der ein oder andere erst wirklich realisieren, wie dramatisch die Lage unserer Stadt tatsächlich ist.

Da wir, wie oben beschrieben, kaum Möglichkeiten haben, die Ausgaben zu beeinflussen, es sei denn man würde im Bereich der Verwaltung und damit verbunden, liebgewonnener Serviceleistungen sparen, was jedoch niemand ernsthaft möchte, bleibt also nur die Möglichkeit zu versuchen **eigene Einnahmen zu generieren**.

Die eine Möglichkeit, die im vergangenen Jahr gesehen wurde, nämlich die „Rekommunalisierung und der damit verbundene Stromnetznetzkauf von der RWE“ wurde auf Grund des zu hohen finanziellen Risikos zumindest erst einmal bis 2014 aufgeschoben, was unseres Erachtens nach auch die einzig sinnvolle und verantwortbare Entscheidung war.

Ich möchte hier und heute nochmals betonen, dass wir absolut keine Gegner einer Rekommunalisierung sind. Unsere Befürchtung, dass wir die Übernahme des Netzes von der RWE zu dem damals genannten Kaufpreis nicht würden stemmen können, hat sich ja auch mittlerweile als absolut richtig herausgestellt.

Die Stadt Olsberg ist trotz ihrer immer noch recht hohen Gewerbesteuerereinnahmen nicht in der Lage, ihre laufenden Auszahlungen durch die laufenden Einnahmen zu decken.

Was können wir also tun, damit wir aus eigener Kraft in der Zukunft wieder handlungsfähig werden?

Erneuerbare Energien sind für moderne Kommunen eine strategische Option für eine nachhaltige Energieversorgung. Jedes Jahr fließen für Rohstoffimporte viele Milliarden Euro aus den Kassen deutscher Kommunen und deren Bürger.

Immer mehr Landkreise und Kommunen verabschieden Energievisionen und einigen sich auf konkrete Einsparziele von Kohlendioxidemissionen. Trotz umfangreicher kommunaler Initiativen fehlt es jedoch vielerorts an umfassenden Konzepten zur Umsetzung der politischen Vorgaben.

Durch eine konsequente Strategie und sinnvolle Investitionen in Erneuerbare Energien lässt sich die kommunale Energieautarkie realisieren.

Einige Gemeinden, auch in NRW, sind bereits auf dem besten Weg zu einer Energieautarken Kommune.

Warum nicht Olsberg?

Bei uns würden sich z.B. der Betrieb von Windkraftanlagen oder Photovoltaikanlagen anbieten. Sehr geehrter Herr Bürgermeister: Es ist schön und lobenswert, dass „in Zukunft Maßnahmen im Bereich Photovoltaik angedacht sind“, wie Sie in der letzten Sitzung des Ausschusses Ordnung, Umwelt und Verkehr im Nachtrag zur Begründung der Ablehnung unseres Klimaschutzantrages gesagt haben. Aber andenken allein reicht nicht. Lassen Sie bitte schnellstens Taten folgen, ehe Photovoltaik auf einmal gar nicht mehr gefördert wird. Wir haben bereits auf Grund der Tatsache, dass die Einspeisevergütung hierfür ab 01. Juli 2010 erheblich gesenkt wird, bares Geld verschenkt!

Wie sonst wollen wir hier in Nordrhein –Westfalen es schaffen, das Ziel, die Emissionen bis 2020 um 33% zu senken, zu erreichen?.

Wir bleiben dabei: Die Stadt Olsberg tut nicht alles dafür, dem Motto „Global denken - lokal handeln“ gerecht zu werden, wenn auch immer wieder versucht wird, dies seitens der Verwaltung anders darzustellen.

Die Stadtwerke München haben sich, auf Ratsbeschluss von SPD/ Grünen und Rosa Liste hin, zum Ziel gesetzt, ab 2015 alle Haushaltskunden komplett mit Strom aus erneuerbaren Energien zu versorgen.

Hamburg will bis 2020 die CO₂-Emissionen um 40% senken.

In unserer direkten Nachbarschaft können sich die Gemeinden Allendorf/Eder oder Frankenberg/Eder als

"Solar-Kommune"

bezeichnen.

Dieser Titel wird an Städte und Gemeinden verliehen, die ein vorbildliches Engagement bei der Erzeugung von Solarstrom nachweisen können. Ziel der Kampagne ist der Betrieb großer Solarstromanlagen in deutschen Kommunen. Der Anteil der zukunftsfähigen Photovoltaik an der Stromerzeugung soll deutlich zunehmen. Alle können mitmachen: von der ländlichen Gemeinde bis zur Großstadt.

In Schmallenberg wird ein „Klimamanager“ installiert.

Die Nachbarkommunen Brilon und Winterberg laufen uns, was den Ausbau von Alternativenenergien angeht, den Rang ab. Wollen wir das?

In Winterberg werden auf einer 6.000 qm großen Fläche 245.000 KWh Energie pro Jahr erzeugt, was einer CO₂-Einsparung von etwa 146.000 Kilogramm entspricht.

Was sicher auch für Olsberg möglich gewesen wäre, zeigt das folgende Beispiel:

Die Gemeinde Saerbeck in NRW hat am 10.10.2009 einen Förderbescheid für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen erhalten. Die NRW-Klimakommune wird mit 1,1 Millionen Euro vom Umweltministerium unterstützt. „Saerbeck hat ein beeindruckendes Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept erarbeitet. Nach Monaten der Planung und Vorbereitung beginnt nun endlich die Phase der Umsetzung“, sagte unser Minister für Umwelt; Verbraucherschutz und Landwirtschaft Herr Uhlenberg bei der Auftaktveranstaltung.

Die Stadt Bocholt bekam für die gleichen Maßnahmen 2,2 Mio. € an Fördergeldern.

Warum hat die Stadt Olsberg keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen, um solche Fördermittel zu erhalten?

An uns hat dies nicht gelegen. Wir haben bereits in 2007 einen weitreichenden Antrag auf Klimaschutzmaßnahmen in unserer Stadt gestellt. Dieser wurde ja bekanntermaßen, genauso wie der im Januar gestellte Antrag mit den Stimmen der CDU und der SPD abgelehnt.

Man kann an den oben aufgeführten Beispielen erkennen, was alles möglich ist, wenn man an einem Strang zieht und nicht nur in „Fraktionsgrenzen denkt und abstimmt“.

Meine Damen und Herren von der CDU und der SPD: Selbstverständlich sind Maßnahmen für den Klimaschutz nicht nur unter ökologischen sondern auch unter ökonomischen Gesichtspunkten zu betrachten.

Um jedoch die oben genannten Ziele und eine entsprechende Emissionsreduzierung erreichen zu können, muss das Handeln lokal beginnen. Unsere Stadt muss ihrer Verantwortung gerecht werden und einen Beitrag zu einer Begrenzung des Klimawandels leisten. Das ist nicht mit bloßen Absichtserklärungen getan!

Jetzt ist die Zeit zu handeln! Im Jahr 2020 ist es zu spät! Lassen Sie sich nicht von den beiden vergangenen Wintern blenden! Das sind keine Vorzeichen für eine „neue Eiszeit“. Der Klimawandel schreitet voran und noch haben wir Zeit, ihm mit entsprechenden Maßnahmen zu begegnen. Wir müssen seitens der Stadt die privaten Haushalte motivieren, Geld in den Klimaschutz zu investieren.

Diese Investitionen kommen nicht nur der Umwelt zu Gute, sondern fördern auch die heimische Wirtschaft. Malerbetriebe; Dachdeckerbetriebe profitieren von Investitionen in Wärmeschutzmaßnahmen; Elektriker und Sanitär-/Heizungsbaubetriebe von den Investitionen in Solar- und Photovoltaikanlagen und schlussendlich fließt ein Teil der Investitionen auch wieder in die Kasse unserer Gemeinde zurück.

Wir versprechen Ihnen, dass wir auch in Zukunft keine Ruhe geben werden, damit endlich sicht- und messbare Klimaschutzmaßnahmen in unserer Stadt erarbeitet und verwirklicht werden.

Mehr Raum für Jugendliche und Verbesserung der Bildungsinfrastruktur

Wir haben bereits seit mehreren Jahren gefordert, dass es in Olsberg mehr Raum für unsere Jugendlichen geben muss, die nicht in Vereinen organisiert sind.

Jugendliche machen öffentliche Anlagen wie Parks, Schulhöfe, Bushaltestellen, Tischtennisplatten etc. zum Treffpunkt. Oft zum Ärger der Anwohner und Passanten.

Nicht selten wird an solchen Treffpunkten die Musik aufgedreht oder die eine oder andere Flasche Alkohol getrunken. Einige Städte sind dazu übergegangen, das Trinken von Alkohol in der Öffentlichkeit zu untersagen. Jugendlichen, macht es nun mal einfach Spaß, in der Freizeit mit Freunden abzuhängen., ob wir dies nun wahr haben wollen oder nicht.

Viele Jugendliche fragen sich zu Recht: Was tun unsere Kommunalpolitiker ? Wohin mit uns Jugendlichen? Wo sollen wir, die 16- bis 17-Jährigen uns aufhalten?

Wir Politiker sind hier gefordert: Wir müssen Plätze und Räumlichkeiten für und mit unseren Jugendlichen zusammen schaffen. Der demographische Wandel, in dessen Verlauf immer mehr Grund- und Hauptschulen geschlossen werden müssen, bietet uns die Chance den Jugendlichen neue Räumlichkeiten zu geben, wo sie ihren Interessen und Hobbys nachgehen können.

In Olsberg muss unbedingt ein Platz gefunden werden, wo sich die Jugendlichen auf einer Skaterbahn; an einem Basketballkorb oder ähnlichem nach der Schule nach Herzenslust austoben können. Ein auf Grund der ehe vorhandenen Lärmbelastigung geeigneter Platz vor dem Aqua wurde leichtfertig einem anderen Projekt geopfert, obwohl wir mehrmals darauf hingewiesen hatten, dass der „Garten der Freundschaft“ an einem anderen Platz besser aufgehoben wäre.

Da die Stadtverwaltung die Pflege und Unterhaltung dieser Plätze oder auch die Umgestaltung nicht mehr benötigter Gebäude allein aus Kostengründen nicht allein tragen kann, ist hier das Mitwirken der Jugendlichen nicht nur unumgänglich, sondern ausdrücklich erwünscht. Die Jugendlichen sind aufgerufen, sich politisch einzumischen.

Wir beantragen einen entsprechenden Ort für die Einrichtung eines „Freizeitplatzes“ zu suchen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, Gelder aus dem Topf der „Stiftung Eugen Mix“ bereitzustellen. Diese Stiftung hat u. a. den Zweck „Förderung von Jugendarbeit; Sport und sozialen Belangen in der Stadt Olsberg, zum Gemeinwohl der hier lebenden Menschen“.

Unser Ziel muss es sein, die Attraktivität unserer Stadt als Wohnort zu steigern um junge Menschen an Olsberg zu binden.

Hierzu gehören die eben angesprochenen Plätze und Räume für Jugendliche ebenso, wie

die Stadt weiter als Schulstandort zu stärken.

Die zugeflossenen Mittel aus dem Konjunkturpaket 2 in Höhe von 970.066 € werden für die energetische Sanierung der Heizungsanlage und der Aula der Hauptschule Olsberg sowie zur Sanierung des Heinrich-Sommer-Berufskollegs eingesetzt. Der Einsatz dieser Gelder wird unsere Stadt als attraktiven Schulstandort weiter stärken.

Auf Grund der insbesondere im Wege der Schweinegrippediskussion diskutierten hygienischen Verhaltensregeln, erscheint es jedoch dringendst erforderlich, die sanitären Anlagen an der Haupt- und Realschule nicht nur vorübergehend wieder einigermaßen instandzusetzen, sondern diese Investition, die in das kommende Jahr verschoben wurde, muss unseres Erachtens nach zwingend vorgezogen werden.

Optimierung des Zentrenkonzepts 2015

Die Zuschüsse hierfür werden lt. den letzten mir vorliegenden Informationen gekürzt. Was dann von den von dem Architekturbüro Hoffmann & Stakemeier sowie der Ingenieurgesellschaft Gierse & Klauke in der Ratssitzung am 17. Dezember 2009 vorgestellten Plänen noch übrig bleibt? Warten wir's mal ab. Wir werden auf jeden Fall wachsam sein, dass Bigge nicht, wie es zumindest in den Planungen bisher aussah, lediglich mit „Schönheitsoperationen“ ausstaffiert wird, sondern von den bereitgestellten Geldern des Zentrenkonzepts entsprechend mit profitiert.

Wir müssen auf den demographischen Wandel reagieren und neue Ideen entwickeln

Immer mehr verschwinden die kleinen Läden und Gaststätten im Dorf; in keinem unserer Ortsteile gibt es noch die Möglichkeit seine Post abzugeben. Diese Orte waren bis vor einigen Jahren Treffpunkte im Dorf, die das Leben dort bereichert haben. Wenn man sich nicht mehr zufällig über den Weg läuft, ohne sich vorher verabredet zu haben, dann verödet das dörfliche Miteinander mit der Zeit.

Es wird Zeit, dass wir dem entgegenwirken. In fast jedem Ort steht mindestens ein Ladenlokal leer.

Lasst uns zusammen mit den Orten versuchen, wieder Leben in die Dörfer zu bringen. Ein guter Ansatz wäre z. B. ein Nachbarschaftsladen, der die Grundversorgung mit Lebensmitteln garantiert und ehrenamtlich betrieben wird. Hierfür gibt es mittlerweile viel gut funktionierende Beispiele.

Da man dies in den Orten sicher nicht allein bewältigen kann, sind wir als Politiker gefragt. Ohne großen finanziellen Aufwand natürlich, aber wir könnten sicher seitens der Verwaltung entsprechende Hilfeleistungen anbieten.

Der Nachbarschaftsladen stellt eine praktikable Lösung dieses Problems in kleineren Ortschaften dar, um ein ausreichendes Waren- und Dienstleistungsangebot, wirtschaftlich tragfähig, zu gewährleisten.

Wie ich ja bereits eingangs meiner Rede gesagt habe, gibt es in Zeiten knapper Kassen nichts zu verteilen. Was uns jedoch als Politiker bleibt, ist die Möglichkeit, unsere Stadt für die Zukunft aufzustellen und auf die Finanz- und Wirtschaftskrise mit neuen Ideen zu reagieren. Wir müssen in diesen Zeiten aktive „Daseinsvorsorge“ für die Stadt Olsberg betreiben, damit auch die zukünftigen Generationen gerne hier leben möchten und können.

Ihnen Herr Kotthoff und Ihnen Herr Bürgermeister Fischer danken wir für die geleistete Arbeit zur Aufstellung der Haushaltssatzung. Sicher standen Sie dieses Mal vor einer besonders schwierigen Aufgabe. Dass das vorliegende Ergebnis nicht besser ausfällt, ist zu bedauern. Es gibt hierfür vielfältige Gründe, von denen einige ja bereits oben genannt wurden.

Wir von Bündnis 90/Die Grünen werden dem Haushalt zustimmen!

Wir verbinden mit unserer Zustimmung die Hoffnung, dass zumindest ein Teil unserer hier gestellten Forderungen und Anregungen im Laufe dieses Haushaltsjahres angepackt wird. Wir fordern den Rat und insbesondere die Verwaltung auf, sich eindringlich mit diesen Forderungen und Ideen auseinanderzusetzen und jeden einzelnen Cent, der zusätzlich irgendwo in den verschiedenen Haushaltsressorts übrig gemacht werden kann, in eine der oben erwähnten Maßnahmen, also in unsere Zukunft zu investieren. Es wird sicher in den kommenden Jahren, falls wir in die Haushaltssicherung müssen, nicht einfacher, diese Ideen umzusetzen und somit unseren Beitrag zur „intergenerativen Gerechtigkeit“ zu leisten!

Zum Abschluss möchte ich noch kritisch anmerken, dass der heutige Tagesordnungspunkt „Haushaltsberatung“ wie eigentlich schon immer, gänzlich irreführend ist. Hier wird nicht mehr beraten, sondern die Fraktionen geben im Prinzip ihr Statement zu dem vorliegenden Haushaltsbuch ab.

Die Beratung fand in den einzelnen Ausschüssen statt und wurde danach an die Fraktionen überwiesen. Diese haben sich natürlich auch noch einmal in den Fraktionssitzungen abschließend beraten. Aber was ist mit den Ergebnissen hieraus? Werden bzw. wurden heute noch große Änderungen an dem vorliegenden und letztendlich zur Abstimmung stehenden Haushalt angebracht? Nein! Weil hier nicht mehr beraten wird, sondern lediglich abgestimmt!

Hier liegt meines Erachtens nach ein Fehler im System. Es sollte nach den Beratungen in den Fraktionen, nochmals eine „wirkliche Beratung im Stadtrat“ stattfinden, damit die Ergebnisse aus den Fraktionsberatungen dann auch tatsächlich noch Eingang in das Haushaltsbuch finden können, bevor dann die Abstimmung über den Haushalt erfolgt.

Ich beantrage, dass die Verwaltung, diese Möglichkeit für das Prozedere der Haushaltsberatungen im kommenden Jahr prüft und dann entsprechend umsetzt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!